

Er scheint wöchentlich  
einmal: Freitag.  
Kanzlei: Die Geschäftsstelle  
Borsigstraße 20 Prenzlau.  
Im Moment oder bei  
Wiederholung entsprechend  
Hilfen.  
Erlaubt der Redaktion:  
Stellung: Stuttgart.

# Die Stimme

Abonnement  
vierteljährlich 1.— Mark  
bei jedem Postamt und bei  
der Expedition.  
Eingetragen in der  
Hof-Berlin-Verlagsanstalt.  
Reaktion und Expedition:  
Am a./Donau  
Reichardtstraße 14,  
Telefon 1442.

Organ des Gewerkschaftsvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Verlag: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Alexander 4720.

Alle Zuschriften für Redaktionen und Abteilungen sind zu richten an G. Baranek, Am a. D., Reichardtstr. 14, Tel. 1442. — Sendungen an M. Schwaner, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/22

Nummer 45/46.

Am a. Donau, den 15. November 1918.

29. Jahrgang

**Inhalt:** Mitglieder! Kollegen! Kolleginnen! — Der Einzelne und der Staat. — Wie konnte es dazu kommen? — Der Arbeitsmarkt im September 1918. — Ein neuer Tarifvertrag für das Berliner Zimmergewerbe. — Nachtrag zum Bayerischen Sägetarif. — Feuilleton: Der Waffenstillstand in der Geschichte. — Die Raumänderungen des Holzes. — Rundschau: Der Landesverband der Deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Dunker) in Württemberg. — Die neuen Lohnvereinbarungen im Baugewerbe. — Die Aufgaben des Reichsarbeitsamts. — Das sozialpolitische Programm des Reichsarbeitsamts. — Mietpreise u. Aendererblichkeit. — Frauen- u. Ainderarbeit im Kriege. — Vom Holzmarkt. — Aus den Ortsvereinen: Am a. D. — Senden. — Wollschorn. — Zürich. — Berlin-Königsstadt. — Aus der Rechtsprechung. — Patentkhan. — Amtliche Bekanntmachungen. — Anzeigen.

den für den Bestand eines Staatswesens. Die neue Regierung muß beweisen, daß sie Achtung hat vor jeder ehrlichen Ueberzeugung und ein freies Wort im freien Volke Geltung haben soll. Eine terroristische Parteiherrschaft kann eine allgemeine Glückseligkeit nicht bringen und würde auch dauernd nicht ertragen werden. Erfreulicherweise haben auch die Mehrheitssozialisten eine Diktatur des Proletariats abgelehnt, weil sie jeder wahren Demokratie widersprechen würde.

Hoffentlich dehnt sich diese Bewegung wie eine politische Grippe auch auf die Länder unserer Feinde, sodas es auch den dortigen Machthabern nicht gelingt, einen Gewaltfrieden zu schließen, von dem die Waffenstillstandsbedingungen ein abschreckendes Vorspiel geben. Es muß gelingen, einen wahren Völkerverbund zu bilden, der einen Frieden von Dauer uns verbürgt. Wenn sich viele trübe Wasser dieser revolutionären Ueberflutung verlaufen haben, dann werden manche Bestürzungen und Bedenken sich auch verlieren. Um einer glücklicheren Zukunft unseres Menschengeschlechts willen wollen wir gern mitarbeiten. Meinungsverschiedenheiten über die Mittel dürfen das Ziel nicht unbeachtet lassen. Jedoch ohne die Menschen zu bessern, wird die Welt auch sich nicht bessern lassen. Aber noch ist ja alles im Werden. Darum wahrer Verantwortlichkeitsgefühl, behaltet einen klaren Kopf und ruhiges Blut. Es darf nichts unternommen werden, was die Ruhe, Ordnung, den Anstand und die gute Sitte zu stören vermag. Bewahrt auch in diesen schweren Stunden die Treue zum Gewerkschaftsverein.

Die Ortsvereine müssen darauf achten, daß sie auch diese Stürme der Zeit überstehen.

bei den Männern und bei den Frauen nach sich ziehen. Wer näher zusah, der hat schon im Frieden erlebt, wie manche guten Gesetze und Einrichtungen um ihren Erfolg gebracht wurden, weil Verständnis und Wille derer gefehlt hat, auf deren Mitarbeit man bei der Durchführung angewiesen war. Man hat auch dann manchmal etwas gedankenlos über den Staat und seine Regierung geschimpft, während man verständigerweise lediglich die Schuld bei sich selbst oder bei vielen seiner Volksgenossen hätte suchen müssen.

Ganz besonders deutlich ist dieser Mangel aber jetzt im Kriege in die Erscheinung getreten. Ein Schulbeispiel aus der Ernährung mag das zeigen. Im Jahre 1917 wurden der Reichsstatistikstelle in Berlin als voraussichtliches Ergebnis der Kartoffelernte zuerst nur etwas über 1/10 der dann tatsächlich sich ergebenden Ernte angegeben, man hat eine zweite Erhebung gemacht, die dann 1/10 ergab und auf der Grundlage einer schließlich angenommenen Zahl von 1/10 hat man dann zugerechnet und verrechnet, daß bei dieser Menge nur die Menschen ernährt werden können, also alle Schweine abzuschlachten seien, was dann auch unter großem Lärm und Schimpfen verlangt wurde. Hintendrin hat sich dann gegen das Frühjahr 1918 hin herausgestellt, daß 1/10 der ganzen deutschen Kartoffelernte zu wenig angegeben waren. Hätte man das rechtzeitig gewußt, so hätten ruhig verschiedene tausend Schweine gefüttert werden können allein in Württemberg, so hat man sich selbst betrogen, weil man an seinem Unverstand nicht bedacht hat, daß „den Staat“ schädigen, immer sich selber schädigen heißt.

Un diesem einen Vorgang wird deutlich, worauf es ankommt. Auch die neue Volksregierung muß das Leben der Nation sicher stellen, muß die Interessen der verschiedenen Gewerkschaften gerecht gegeneinander abwägen, muß das geistige, kulturelle, künstlerische Schaffen fördern, den sozialen Inhalt des Staates reicher gestalten, kurz sie muß das Wohl der Gesamtheit in der reichen Mannigfaltigkeit, wie es in Deutschland sich darstellt, wahren und fördern, wenn es sein muß, auch gegen einzelne Menschen oder gegen ganze Gruppen. Da aber die Regierung nach dem Mehrheitswillen sich richten muß, von ihm auch bestimmend beeinflusst wird, so ist erste Voraussetzung, daß die Mehrheit des Volkes selbst einen verständigen Willen in den verschiedensten Gebieten des staatlichen Lebens aus sich heraus entwickelt.

Wir wissen alle, die Beispiele sind nicht ganz vereinzelt, wo man Fortschritte, die das Wohl der Gesamtheit befördert haben, aufzwingen mußte. Mancher Landtag oder Reichstag hat Gesetze geschaffen, für die in diesem Augenblick eine Mehrheit in der Volksstimmung nicht vorhanden war. Die sich erst durch ihre günstige Wirkung Vertrauen und Zustimmung warben und erwerben mußten. Das wird künftighin, wenn nicht ganz unmöglich, so doch viel schwerer sein. Darum muß die Beeinflussung des Willens, die Schulung und Erziehung zu besserem Verständnis der staatlichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Notwendigkeiten des Volkes und Staates nimmehr noch viel ernsthafter und umfassender geleistet werden als bisher. Der Einzelne muß dahin kommen, daß er den Blick über seine ganz kleinen Alltagsigkeiten erheben kann, er muß sich ein Urteil und eine Meinung bilden, auch in dringenden Fragen, die ihn nicht unmittelbar berühren, aber doch zum Rechtum und zur Mannigfaltigkeit des Lebens seines Volkes gehören. Wir müssen die einzelnen Volksgenossen tiefer in die Erkenntnis staatlich-politischer Notwendigkeiten einführen. Dieser Tage erst hat Staatssekretär Haukmann in Berlin ausgeführt, man wisse auch in Süddeutschland ganz genau, was wir der ordnungschaffenden, staatsbildenden Kraft des Preußentums verdanken. Leider wüßens offenbar viele nicht und überlassen sich sinnungslos einem st. nlosen Geschimpfe, kündigen in ihrem Wahn die ganze neuere Geschichte Deutschlands nach 66 wieder auf. Man schämt sich gelegentlich für sein Volk, was jetzt die Unterhaltung in der Eisenbahn und am Wirtstisch beherrschen, wie viel bodenloser politischer Unverstand jetzt sich breit machen darf.

Wer den Volksstaat nicht in Gefahr bringen will, ihn nicht den konservativen und reaktionären Machthabern ausliefern will, der muß jetzt helfen, den einzelnen Menschen zu reifen, und mit innerer Klarheit und innerer Zuht ausgestatteten Menschen zu machen, der Willen und Streben hinter solche Forderungen und Ziele stellt, die wirklich das Wohl des Volkes in Wirtschaft und Kultur reicher gestaltet. Es wird immer Menschen geben, die den Blick immer nur auf ihren eigenen Nabel geheftet haben. Das verschlägt nicht viel, wenn wir ihnen sagen, daß ihr Platz nicht auf dem breiten Markt der Öffentlichkeit sei, sondern im Winkel. Vor Drantheit und Uebelwollen, die uns die erfolgreiche selbstständige Führung und Gestaltung unseres staatlichen Lebens durchkreuzen und gefährden wollen, müssen wir uns selbst schämen, daran will diese Schrift mitarbeiten, will Belehrung und Anregung, Rüstung zum Kampfe gegen Volksschädlinge und Unreue, Rüstung zum Kampfe gegen Volksschädlinge aller Art geben. Sie will helfen, daß die Zahl derer immer größer werde unter Männern und Frauen, die ihr Streben unter den großen leitenden Gedanken stellen: Das Wohl des Volkes ist das oberste Gesetz!

## Mitglieder! Kollegen! Kolleginnen!

Weltgeschichtliche Stunden sind es, die wir durchleben. Die Ereignisse überstürzen sich zur Zeit und keiner wird sagen können, wie die Dinge im einzelnen sich noch entwickeln. Eine Revolution im Innern hat Kaiser, Könige, Großherzöge und Fürsten entthront und die Republik verkündet. Eine neue Regierung hat im Reich und in den Bundesstaaten die Leitung provisorisch übernommen und der derzeitige Reichskanzler Ebert wendet sich an das Volk mit folgendem Aufruf:

### Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Deffentlichkeit berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unser hart. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören!

Es muß die Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Mindererung und Raub mit Glend für alle. Die Vermissten würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, veründigt sich aufs Schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straße! Sorgt für Ruhe und Ordnung.  
Berlin, 9. Nov. 1918.

Der Reichskanzler: Ebert.

Ein anderer Aufruf von ihm lautet:

Die neue Regierung hat die Führung der Geschäfte übernommen, um das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungersnot zu bewahren und seine berechtigten Forderungen auf Selbstbestimmung durchzusetzen. Diese Aufgaben kann sie nur erfüllen, wenn alle Behörden und Beamten in Stadt und Land ihr hilfreiche Hand leisten.

Ich weiß, daß es vielen schwer werden wird, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben, aber ich appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Verlassen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Glend ausliefern.

Helft also mit, dem Vaterlande durch furchtloses und unverbrochenes Weiterarbeiten, ein jeder auf seinem Posten, bis die Stunde der Ablösung gekommen ist.

Berlin, 9. November 1918.

Die Einzelregierungen in den Bundesstaaten erlassen ähnliche Aufrufe und bitten ebenfalls, in diesen großen Umwälzungen die Ruhe und Ordnung nicht zu stören. Am Freitag eine aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung wird die letzten Entscheidungen zu treffen haben. Spiegelt sie die unverfälschte Meinung des deutschen Volkes wieder, dann ist es Pflicht aller Staatsbürger, sich dem Mehrheitswillen eines freien Volkes zu beugen. Allerdings diese Freiheit setzt Einigkeit, Verantwortlichkeitsbewußtsein und geordnete Pflichterfüllung voraus. Unverstand der Massen kann gefährlich wer-

**Die Interessen des Gewerkschaftsvereins**  
Itets zu wahren und zu fördern,

für die  
**Stärkung der Organisation**  
Itets zu ughieren,

für eine  
**pünktliche Beitragszahlung**  
und  
**guten Versammlungsbesuch**  
Itets zu forgen

ist  
**Ehrensache eines jeden Mitglieds.**

## Der Einzelne und der Staat.

Von Johannes Fischer-Stuttgart.

Wir erleben in diesen Tagen den endgültigen Zusammenbruch des Fürstentums und den rücksichtslosen Anfang des Bürger- und Volksstaates. Das bedeutet für den Volksgenossen, der am Leben seiner Nation und seines Staates schon bisher lebendigen Anteil nahm, eine innere Bereicherung, eine Steigerung seines Bewußtseins im Sinne Schillers: Es wächst der Mensch mit seinen höheren Zwecken.

Aber wir wollen uns darüber nicht täuschen, die Zahl derer ist geradezu gefährlich groß, die an dieser gewaltigen geschichtlichen Umwälzung innerlich nur sehr wenig beteiligt und die sich auch über die Folgerungen für ihr eigenes Denken und Handeln noch durchaus unklar sind. Sehr viele waren zwar bereit, die Macht und Führung aller Gewalten zu brechen, lehnen es aber zunächst noch durchaus ab, an deren Stelle nun selber erhöhte eigene Verantwortlichkeit und Pflicht zu übernehmen. Hier nun beginnt für jeden, der bewußt auf den Boden des Volksstaates sich stellt, die Pflicht zur Mitarbeit, soden des Volksstaates sich stellt, die Pflicht zur Mitarbeit, zur Schulung und Vertiefung seiner Nebenmenschen, zur Sammlung aller Männer und Frauen, die in selbstgezügter Gesinnung die Vertrauensmänner des Volkes in der Regierung tragen und in ihrem Sinne das Leben, die Wirtschaft, die Kultur, das Recht der Nation entwickeln sollen.

Was jetzt sich abspielt in der inneren Umwandlung des staatlichen Lebens, darf sich nicht erschöpfen in Veränderungen an der leitenden Spitze, sondern muß ebenso tiefgehende Veränderungen in den Gedanken und dem Willen der Masse, der nun wirklich zu freien Bürgern aufgerufenen Volksgenossen,



auf Kosten des arbeitenden Volkes aller Stände mit allen Mitteln entgegenzutreten. In dieser Stunde stellen wir uns auf den Boden der Volksregierung. „Selbstsucht und Ordnung tut not“. Wir vertrauen auf die Mitarbeit jedes einzelnen Kollegen von euch, getreu dem alten Gewervereinsgrundsatz für Gleichberechtigung, Fortschritt, Freiheit und Vaterland.

### Die neuen Lohnvereinbarungen im Baugewerbe.

Am 11. September sind unter der Leitung des Reichswirtschaftsamt's Vereinbarungen über die Gewährung einer vierten Kriegsteuerzulage im Baugewerbe zustande gekommen, die nunmehr die Zustimmung aller beteiligten Verbände gefunden haben. Hiernach sind die Lohnverhältnisse im Baugewerbe bis Ende März 1919 bindend geregelt. Ueber die weitere Verlängerung des Tarifverhältnisses soll gleichfalls wieder unter Mitwirkung des Reichswirtschaftsamt's verhandelt werden. Die gegenwärtigen Vereinbarungen bewirken eine Aufbesserung der Stundenlöhne vom 1. Oktober 1918 und vom 1. Januar 1919 ab um je 8 und 7 Pfg. in den Orten bis zu 10 000 Einwohnern, um je 10 und 10 Pfg. bzw. je 15 und 10 Pfg. in den größeren Gemeinden bis zu 50 000 und über 50 000 Einwohner. Hamburg erhält je 20 und 9 Pfg. Stundenzulage. Erweiterungsarbeiten der Rüstungsarbeiten fallen alle in die Obergruppe mit je 15 und 10 Pfg. Aufbesserung. Auf die gesamte vierte Kriegsteuerzulage werden alle örtlichen Sonderzulagen angerechnet. Nebenvergütungen für Mittagessen, Fahrgehalt und Auslösung bis zu 3 Mk. am Tage werden nicht berücksichtigt. Die Vereinbarung gilt auch für das Fliesenleger- und Steinholzlegergewerbe.

### Die Aufgaben des Reichsarbeitsamt's.

In einer Bekanntmachung des Reichsanzlers vom 28. Oktober wird das Tätigkeitsgebiet des Reichsarbeitsamt's folgendermaßen umschrieben:

Aus dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamt's gehen auf das Reichsarbeitsamt diejenigen Angelegenheiten über, welche sich auf die Fürsorge für Arbeiter und Angestellte, auf die Verhältnisse des Arbeitsmarktes, auf Wohlfahrtsleistungen und sonstige Fragen der Sozialpolitik beziehen, und zwar im einzelnen:

1. vom Gewerbewesen (Gewerbeordnung) folgende Gegenstände: Arbeiterschutz, Sonntagsruhe, Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen, Kinderarbeit, Berufsvereine, Handlungsgehilfen, Privatangehörige, Werkmeister und Lehrmeister, Tarifverträge, Arbeitsämtern, Einigungsstellen, Koalitionsrecht, ferner die Verhältnisse des Arbeitsmarktes, Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenfürsorge und -berufshilfe, die Rechtsverhältnisse der gewerblichen Arbeiter, Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt;

2. die Arbeiterversicherung, insbesondere die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung der Arbeiter, die Versicherung der Angestellten, Kriegswochenhilfe, Unfallfürsorgegesetz, das Pensionistenwesen im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsamt, Haftpflicht, Wohlfahrtsleistungen im allgemeinen, Kriegswohlfahrtspflege (Reichsbeihilfen), soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, Zusatzrenten, vaterländischer Hilfsdienst, Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse der ländlichen Arbeiter.

Demgemäß gehören zum Reichsarbeitsamt: 1. Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, 2. Reichsversicherungsamtsamt, 3. Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

### Das sozialpolitische Programm des Reichsarbeitsamt's.

Staatssekretär Bauer vom Reichsarbeitsamt hat am 8. November Vertreter der Gewerkschaften und anderer Interessenverbände auf deren Ansuchen empfangen und sich dabei über die Tätigkeit, die das Amt in nächster Zeit entfalten wird, ausgesprochen. Am dringlichsten sind die Fragen, die mit dem Krieg und der Übergangswirtschaft im Zusammenhang stehen. Hierfür ist in erster Linie das Reichswirtschaftsamt zuständig. Bei der Erledigung der Arbeiterfragen ist das Reichsarbeitsamt interessiert. Es findet deshalb ein reges Zusammenarbeiten beider Ämter auf diesem Gebiete statt. Vor allem wird das Reichsarbeitsamt der Regelung des Arbeitsnachweises sein Interesse zuwenden. Ferner soll eine gesetzliche Grundlage für die durch militärische Anordnung erzwungenen Zentralauskunftsstellen und für eine allgemeine gemeinnützige Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung geschaffen werden. Die Erwerbslosenfürsorge während der Uebergangszeit soll durch eine bereits im Laufe der nächsten Woche zu erwartende Bundesratsverordnung geregelt werden, welche die Gemeinden zu einer ausreichenden Fürsorge verpflichtet. Als Kriegsmassnahme steht noch der Erlass einer Bundesratsverordnung auf dem Gebiete der Krankenversicherung bevor, wobei es sich um schleunige Heraushebung der Verdiensthöchstgrenze handelt. Andere Maßnahmen haben die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden und den Ausbau der

Familienhilfe zum Gegenstand. In der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist erweiterte Fürsorge und demgemäß eine Erhöhung der Beiträge nötig. Die Anwendung der Versicherung auf die Hausgewerbetreibenden des Bekleidungsgebietes wird vorbereitet. Auch in der Unfallversicherung sind Zulagen und Erweiterung in Aussicht genommen. Ein neuer Entwurf des Arbeitslosenmergesetzes wird beschleunigt fertiggestellt werden. Er baut sich auf räumlicher Grundlage auf und sieht in seinem Rahmen besondere Arbeitsämtern für Angestellte vor. Der Arbeiterschutz soll durch Aufhebung des Notgesetzes vom 4. August 1914 gefördert werden. Besonderes Interesse wird der Fürsorge für die Heimarbeit zugewendet. In abnächster Zeit wird dem Bundesrat eine Vorlage zur Errichtung von Fachauschüssen zugehen. Ferner sind Vorarbeiten im Gange, welche den Fachauschüssen des Heimarbeitergesetzes bestimmenden Einfluß auf die Lohnregelung gewähren. Die berechtigten Interessen der kaufmännischen, technischen, Bureau- und Bühnengestellten werden durch Neuregelung und Ausbau der einschlägigen Gesetzesvorschriften bewahrt werden. Die Beseitigung der Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter soll schleunigst herbeigeführt werden. Zur tunlichsten Befreiung der drohenden Wohnungsnot ist ein dem Reichsarbeitsamt unterstellter Reichskommissar eingesetzt. Im übrigen wird die Wohnungsfrage im Einvernehmen mit anderen Stellen gefördert. Das weitere Programm des Staatssekretärs umfaßt Neuregelung des Koalitionsrechts, sowie Schaffung und Ausgestaltung einheitlicher Tarifverträge. Für alle diese Maßnahmen wird schon in nächster Zeit ein sozialpolitischer Beirat aus Vertretern der maßgebenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer berufen werden. Eine eingehende amtliche Veröffentlichung über dieses sozialpolitische Programm des Reichsarbeitsamt's steht bevor.

### Mietpreise und Kindersterblichkeit.

In einer sehr beachtenswerten Schrift „Das Kleinkind und seine gesundheitliche Fürsorge“ ist neuerdings der Arzt Dr. G. Seiffert für einen verstärkten gesundheitlichen Schutz der Altersstufe zwischen dem Säuglings- und schulpflichtigen Alter eingetreten. Von Wert sind besonders die statistischen Begründungen der das Kleinkind bedrohenden gesundheitlichen Gefahren und der zu ihrer Abhilfe geforderten Maßnahmen. Aus der starken Gefährdung durch Infektionskrankheiten und durch Verunreinigungen, folgert der Verfasser den großen Einfluß der sozialen Verhältnisse, insbesondere der Wohnungsverhältnisse auf die Gesundheit gerade dieser Altersstufe. Zur Bestätigung führt er eine Tabelle des bekannten Breslauer Städtetatschichters Neese an, die als wertvoller Beweis für die Gesundheitsverhältnisse hier wiedergegeben sei. Nach Neese starben in Breslau auf 1000 Einwohner:

von der Mietstufe	im Alter von 1	von 2—5	von 5—10 Jahren
150—300 Mk.	665	53	36
300—700 „	322	56	40
750—1500 „	235	51	47
über 1500 „	150	33	67

Hierzu schreibt die evangelische Pressekonferenz der Provinz Schlesien:

„Man sieht: im Kindesalter sinkt die Sterblichkeit mit steigendem Mietpreise, d. h. mit besserer sozialer Lage, wobei die besseren Wohnungen sicherlich eine wichtige Rolle spielen. Nach dem Kriege haben wir alle Veranlassung, der Kindersterblichkeit mit allen Kräften entgegenzutreten, und da erscheint wiederum die Bodenreform und mit ihr verbunden ein Gesetz für die Kriegesheimstätten als eine Notwendigkeit.“

### Frauen- und Kinderarbeit im Kriege.

Das preussische Handelsministerium veröffentlicht Auszüge aus den Berichten der preussischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1917, nach denen trotz des Krieges die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nur wenig abgenommen hat. Sie ist von 3 633 618 im Jahre 1913 auf 3 530 711 im Jahre 1917 zurückgegangen, also nur um 2,8 v. H., aber an die Stelle des erwachsenen männlichen Arbeiters sind die Frauen und jugendlichen Arbeiter getreten. Im Jahre 1913 wurden in den Industrien Preußens 2 662 152 erwachsene Männer (über 18 Jahre) beschäftigt, 1917 hingegen rund 1 956 202. Dagegen ist im gleichen Zeitraum die Zahl der erwachsenen Frauen von 687 734 auf 1 240 593 gestiegen, und zugleich ist die Zahl der jungen Leute beiderlei Geschlechts im Alter von 16 bis 18 Jahren von 280 184 auf 327 904 angewachsen. Die Zahl der erwachsenen Arbeiter hat sich demnach um 705 950 oder 26,5 v. H. vermindert, während gleichzeitig die Zahl der über 18 Jahre alten Arbeiterinnen um 552 859, d. h. um 80,4 v. H., die der Jugendlichen um 47 756 oder 70 v. H. zugenommen hat. Bedenklich ist, daß auch die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren zugenommen hat. 1913 waren nur noch 3584 Kinder in industriellen Betrieben in Preußen tätig. Der Krieg hat bewirkt, daß diese Zahl auf 6012 gestiegen ist.

### Vom Holzmarkt.

Auf dem Mannheimer Holzmarkt in der ersten Novemberwoche kamen reine und halbreine Dielen nur selten zur Andienung und auch meist nur zu verhältnismäßig hohen Sätzen. Obwohl die Waggonbauanstalten durchweg stark beschäftigt sind und größeren Holzbedarf haben, wickelte sich das Geschäft in kleineren Waggonböden in schleppender Weise ab, weil die Verarbeiter den Zeitpunkt zum Kauf größerer Mengen nicht für günstig halten, zumal da sich die Sägewerke meist noch immer weiteten, erhebliche Preisrückgänge zu machen. Von reinen Ost- und Mitteldeutschen Sägewerke wurden zuletzt für 55 mm starke kleinere Waggon-Bodendielen 123—148 Mk. für das Kubikmeter bahnfrei der Versandplätze gefordert, während die süddeutschen Sägewerke meist höhere Forderungen stellten. Waggonseitenwandbretter waren selten unter 135—150 Mk. das Kubikmeter frei Bahnwagen der Mittel- und Ostdeutschen Abgangsplätze angeboten. Aus früheren Abflüssen liegen den süddeutschen Werken zum Teil noch ansehnliche Aufträge auf Minenböden vor. Kieferne Modellhölzer wurden den Maschinenfabriken reichlich angeboten, von diesen aber nicht gekauft, weil sie meist noch genügend Vorräte darin haben. In Erwerbungen von unbesäumten Tannen- und Fichtendielen legten sich die Möbelhersteller neuerdings größere Zurückhaltung an; nur kleinere Mengen reiner und halbreiner Ware ließen sich absetzen. Das Angebot an Latten aller Sorten erwies sich als schwach, andererseits hat aber auch die Nachfrage darnach abgenommen. Bauholz hatte sehr stilles Geschäft bei zunehmendem Angebot.

### □ □ □ Aus den Ortsvereinen. □ □ □

Am 8. D. Am Donnerstag, den 7. November, fand nachmittags 1/2 Uhr hier im „Saalbau“ eine große Arbeiterversammlung der Firmen Magirus, Eberhardt und Wieland statt, die etwa von 4000 Personen besucht war. Arbeitersekretär Spindler von den christlichen Gewerkschaften begrüßte als Leiter der Versammlung namens der Organisationen die Erklärenen, darunter auch die Inhaber der Betriebe, die Kommerzienräte Magirus, Eberhardt und Wieland. Das Referat über die Fragen der Übergangswirtschaft hatte Gewerkschaftssekretär Denker von den Freien Gewerkschaften und Arbeitersekretär und Bezirksleiter Baruholt von den deutschen Gewerbevereinen übernommen. Ersterer teilte zunächst das Ergebnis der Tags vorher stattgefundenen Verhandlungen der genannten Organisationsvertreter mit den Firmeneinhabern mit, wonach die Stundenlöhne nach einem bestimmten Plan erhöht, ebenfalls festgelegt wurde, daß bei Aufkordarbeiten die gelernten Arbeiter nicht unter 1,50 Mk. angelernte Arbeiter nicht unter 1,20 Mk. pro Stunde verdienen sollen. Dann behandelte er die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft für die Übergangswirtschaft. Sollten diese die Arbeiterschaft vor unüberlegten Schritten, die im Innern Zustände schaffen möchten, die schlimmer seien als der Krieg selber. Keine blutige Revolution, sondern eine friedliche Evolution wünsche man. Kollege Baruholt ging näher auf die Bedeutung der Arbeiterbewegung ein, die mehr sei als eine Kurmehrlöhnbewegung. Auch er warnte vor unüberlegten Schritten, man solle nur Hren auf den Ruf der Organisation. Das Recht sich zu organisieren ließe sich kein denkender Arbeiter nehmen, auch wenn heute ein gewisser Verständigungsriede zwischen Unternehmer und Arbeiterschaft erzielt sei. Gemeinsam mit den anderen Ständen solle die Arbeiterschaft wirken für ein neues Deutschland, für den Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft. Lebhafter Beifall dankte den Referenten. Die Diskussion war recht lebhaft. An ihr beteiligten sich außer den genannten Betriebsinhabern Sekretär Wahle, Stadtrat Göhring, Direktor Bede, Direktor Reiser, Ingenieur Röhrich, die Arbeiterschaftsmittglieder Bart, Furtner und Schwenk. Letztere stimmten den Vereinbarungen zu und forderten zu stärkerem gewerkschaftlichem Zusammenfluß auf. Kommerzienrat Magirus betont, daß Arbeiter und Arbeitgeber künftig sich gegenseitig vertrauen sollten. Nicht durch Schimpfen und Herabwürdigung von russischen Zuständen schaffe man Arbeit, Verdienst und Brot, sondern durch Mitarbeit, Pflichtbewußtsein und Verantwortung. Die Behörden hätten Arbeit zugesagt und die Arbeitgeber würden sich bemühen, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Die anderen Unternehmer schlossen sich den Erklärungen an, während die andern Redner Ernährungsfragen, die Uebergangsprobleme und die wichtigsten Arbeiterforderungen hervorhoben ohne die Mahnung nicht zu vergessen, in diesen Tagen der hochgehenden politischen und grundtätlichen Änderungen Ruhe und Besonnenheit nicht zu verlieren. Die Massensammlung nahm vorher, während und nachher einen geordneten, musterhaften Verlauf.

Senden (Wagern). Die Lohnbewegung bei der Firma G a g s t t e r, Sägewerk in Senden, ist glücklicherweise beendet. Am Samstag, den 9. November, hat unser Bezirksleiter Baruh-

### Die Raumänderungen des Holzes.

Von R. Rodt.

(Nachdruck verboten.)

ATK. Eine lästige Beigabe bei der Verarbeitung des Holzes zu allen möglichen Objekten der Technik, wezu es seiner guten und leichten Verarbeitungsfähigkeit halber im allgemeinen hervorragend geeignet ist, besteht in seinen hygroskopischen Eigenschaften, auf welchen das Schwinden und Quellen des Holzes beruht.

Das frische Holz enthält einen ganz erheblichen Feuchtigkeitsgehalt, der nur langsam aus einer größeren Holzmenge an die umgebende Luft abgegeben wird. Dabei verringert das Holz seinen Rauminhalt (Schwindung) in der Längsrichtung der Fasern, bei den Nadelhölzern um 1,1 Prozent, bei den einheimischen Laubbölzern um 0,2 bis 0,3 Prozent. In der Querrichtung der Faser ist jedoch die Schwindung wesentlich größer und beträgt 3 bis 4 Prozent. Am größten ist jedoch das Schwindmaß in der Richtung der Sehne; es beträgt im Durchschnitt 8 Prozent und kann bei frischgefalltem Holze sogar bis 16 Prozent steigen. Eine irrige Anschauung ist es aber, daß die australischen Hartbölzern diesem Uebelstande nicht

ausgesetzt sind. Besonders die Hölzer mit hohem Anfrangfeuchtigkeitsgehalt, wie z. B. Tarras und Karri, trocknen schneller aus und schrumpfen mehr als Hölzer mit geringer Anfrangfeuchtigkeitsgehalt.

Bei jedem Holze ist der Unterschied der Feuchtigkeitsveränderung zwischen Kern- und Splintholz sehr beträchtlich, womit auch eine gleichzeitige verschiedene Veränderung des Rauminhalts verbunden ist. Bei sehr langsamer und allmählicher Verdunstung können sich die einzelnen Teile des Holzes der nach und nach eintretenden Raumänderung anpassen. Wenn dagegen bei hoher Temperatur, trockenem und stetigem Luftwechsel einem frisch gefällten Stamm in nächstgelegener Weise das Wasser entzogen wird, trocknen die wasserreichen Splinte des Splints erheblich ein, und es verbleibt der wasserarme Kern in seiner ursprünglichen Beschaffenheit. Diese ungleichmäßige Schwindung, oder auch eine Verhinderung der Zusammenziehung durch äußere Ursachen führt zu einer Trennung des Zusammenhanges und zu Rissen im Holz oder zu Verkrümmungen. Feuchtes Holz, das noch in Saft steht, krümmt sich in der Querrichtung und reißt in der Längsrichtung. Entstehen solche Risse an den Enden der Stämme, wie es oft bei dem tasmanischen Strungbark beobachtet werden kann, so gelten sie nicht als gefährliche Fehler, da sich die anfänglich eintretenden Risse später meist wieder schließen.

viel lästiger ist das bei vielen Hartbölzern oft später eintretende Verwerfen. Die unter der Oberfläche zum Teil getrockneten Teile ziehen sich zusammen, führen zu Verkrümmungen und reißen schließlich. Das zugelassene Maß des Zusammen Schrumpfens der üblicherweise halbausgetrocknet in den Handel kommenden australischen Hartbölzern beträgt 4—8 Prozent.

Die Fehler des Holzes, welche sich aus der Schwindung praktisch fühlbar machen, sind die in radialer Richtung verlaufenden Strahlrisse, die vom Kern zum Splint verlaufenden Kernrisse und die durch Trennung der Jahressringe hervorgerufenen Ringklüfte. Die letzteren gehen gewöhnlich nur auf eine kurze Länge und sind meist durch Entfernung eines Stückes von 0,15 bis 0,6 Meter zu beseitigen.

Um den Fehlern des Schwindens vorzubeugen, ist eine langsame Trocknung des Holzes in gedeckten Schuppen vorzuziehen, welche nur bei Trocknung von in Bretter geschnittenem Holze rationell in absehbarer Zeit zum Ziele führt. Ein gleichmäßiges langsames Austrocknen zu gewährleisten, hat sich das Bedecken der Bretter mit einer dünnen Lage von Sägespänen bewährt. Die erforderliche Trockendauer beträgt 1/2 bis 1 Jahr.

